

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Hans Apel MdB, Bundesminister der Verteidigung, appelliert zum 40. Jahrestag des Kriegsbeginns: Von deutschem Boden darf kein Krieg mehr ausgehen.

Seite 1/2

Heinz Westphal MdB beleuchtet die Subventionspolitik der Union: Wenn's konkret wird Verteidigung der Erbhöfe.

Seite 3/4

Lenelotte von Bothmer MdB fordert einen Kurswechsel der bundesdeutschen Südafrikapolitik: Höchste Zeit.

Seite 5/6

Karl Liedtke MdB warnt: Die CDU/CSU zerstört die Vertrauensbasis zwischen Bürger und Verwaltung mutwillig.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 163

27. August 1979

Politik für den Frieden

Von deutschem Boden darf kein Krieg mehr ausgehen

Von Dr. Hans Apel MdB
Bundesminister der Verteidigung

Die 40. Wiederkehr des Ausbruchs des 2. Weltkrieges ist ein wichtiges Datum, das uns zur Besinnung und zum Nachdenken verpflichtet. Es ist gut, daß die Gewerkschaftsjugend an dieses Ereignis mit einem Anti-Kriegstag erinnern und für Frieden und Abrüstung öffentlich demonstrieren will.

Die Bundesregierung betrachtet den Frieden als das höchste Gut. In ihrer Sicherheitspolitik läßt sie sich unverrückbar von dem Ziel leiten, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf. Doch der Wille zum Frieden allein reicht nicht aus. Der Frieden muß möglich gemacht und er muß geschützt werden.

Deshalb bleiben Entspannung und Abrüstung zentrale Aufgabe unserer Politik, die es auf der Grundlage gesicherter Verteidigung zu erfüllen gilt. Mit unserer Politik des vertraglich vereinbarten Gewaltverzichts haben wir die entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, daß der Friede in Europa mehr werden kann als nur die Abwesenheit von Krieg.

Mehr als 50 Millionen Menschen haben im 2. Weltkrieg ihr Leben lassen müssen. Sie mußten sterben, weil deutsche Politik - beherrscht vom Prinzip des Bösen - mit Gewalt versuchte, anderen Völkern ihre Freiheit zu nehmen und ihnen die menschenfeindliche Nazi-Ideologie aufzuzwingen.

Diese Schuld kann und darf nie vergessen gemacht werden. Die Erinnerung an die Verbrechen Hitler-Deutschlands muß uns heute Ansporn sein, bei dem Versuch nicht nachzulassen, in Europa zu mehr Entspannung und weniger Mißtrauen zu kommen.

Unsere Politik des Gewaltverzichts, die Ost-Politik der letzten zehn Jahre, gemeinsam mit den Liberalen von Willy Brandt eingeleitet und zum Vertragsabschluß geführt und von Helmut Schmidt beharrlich fortgesetzt, war eine längst überfällige Konsequenz aus unserer Schuld, begangen vor 40 Jahren mit einer Politik der Gewaltanwendung. Zugleich war und verkörpert diese Politik des Gewaltverzichts auch Einsicht in die Notwendigkeit, daß es angesichts der angestauten Rüstungspotentiale in Ost und West und im Zeichen der Nuklearwaffen, die alles Leben auslöschen können, keine Alternative zu einer Politik der Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung geben kann. Aber wir können dieses Ziel der Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung weder allein erreichen noch könnten wir den Frieden dadurch gewinnen, daß wir weniger für unsere Sicherheit täten. Wir brauchen unsere amerikanischen und europäischen Verbündeten in der Atlantischen Allianz und in der Europäischen Gemeinschaft, mit denen uns die gemeinsame Überzeugung von Freiheit und Menschenwürde verbindet. Ohne sie und ohne einen eigenen Beitrag mit unseren Streitkräften ist unsere Sicherheit nicht zu bewahren und das Fundament unserer Entspannungspolitik nicht zu stabilisieren. Wir brauchen aber auch die ernsthafte Bereitschaft der Sowjetunion und unserer ost-europäischen Nachbarn, durch eine vertraglich geregelte Verminderung von Rüstungen und Truppen in Europa endlich ihre Bereitschaft zu beweisen, auf jede Art von militärischer Überlegenheit zu verzichten. Darum geht es im Kern bei den Wiener MBFR-Verhandlungen, deren vorrangige politische Aufgabe sein muß, neue Vertrauensbildung in Europa zu ermöglichen.

Der 1. September als Anti-Kriegstag darf uns aber nicht nur mahnen, für den Frieden in Europa einzutreten. Unsere Politik muß sich auch künftig für den Frieden im Nahen Osten für die Aussöhnung von Juden und Arabern engagieren. Ebenso müssen wir helfen, die Leiden aus den Kriegen und Konflikten in Süd-Ost-Asien zu lindern. Unsere eigene Kriegsschuld und die bis heute fortwährenden Belastungen des 2. Weltkrieges für die Menschen im geteilten Deutschland müssen uns Antrieb sein, an der Verbannung des Krieges als Mittel der Politik aus der internationalen Staatengemeinschaft mitzuwirken.

Schließlich mahnt der 1. September 1979 uns daran, daß es auch 40 Jahre nach Ausbruch des 2. Weltkrieges keinen Grund gibt, in den Mühen um die Festigung und Fortentwicklung unseres freiheitlichen Rechtsstaates nachzulassen. Dazu gehört auch, daß unser Staat mit Härte jede Entwicklung bekämpft und richtet, die auch nur im entferntesten Entwicklungen verursachen könnte, wie sie schließlich zum 1. September 1939 geführt haben. Ohne freie und wachsame Gewerkschaften wird dieser Kampf nicht gewonnen werden können.

(-/27.8.1979/hl/ca)



Scheinheilige Oppositions-Fragen

Wenn's konkret wird: Verteidigung der Subventions-Erbhöfe

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft

In einem umfangreichen Katalog von Einzelpunkten einer "Großen Anfrage" fragt die Opposition zum Thema Subventionen die Bundesregierung wirklich alles, was man - nach Auskehren aller Ecken, Archive und alten Papieren - zum Thema Subventionen fragen kann. Unsereiner fragt sich nach der ersten Lektüre, ob die CDU/CSU einem plötzlichen Anfall von Tollkühnheit erlegen ist und sich mit jedem Empfänger staatlicher Finanzhilfen oder Steuervergünstigungen anlegen will (wobei sie Wirtschaft und Bürgern eine wachsende Subventionsmentalität unterstellt), oder ob dieses Fragen-Feuerwerk der Opposition ein eklatanter Ausdruck von Scheinheiligkeit ist, denn - da kann man doch sicher sein - wenn's konkret wird mit dem Abbau bestimmter Subventionen, dann erstattet die gleiche Opposition nicht nur Fehlanzeige, sondern verteidigt mit Entschiedenheit die jeweiligen Subventions-Erbhöfe!

Erstes Beispiel: Die Bundesregierung bringt am 15. August 1979 endlich den von der SPD-Fraktion drängend geforderten Entwurf zur gerechteren Gestaltung der Landwirtschaftsbesteuerung auf den Weg der parlamentarischen Behandlung und verkürzt damit den sogar schon gerichts-notorisch als unhaltbar angesehenen, langjährigen Subventionstatbestand aus Nicht-Zahlung von Steuern wegen Einkommenschätzungen auf unzureichender Gewinnbewertung eines bestimmten Teils der Landwirte. Die Unions-Fraktion erklärt sofort, daß sie die Vorlage der Regierung ablehnt. Das war am gleichen Tag, an dem die Drucksache mit der Großen Anfrage der CDU/CSU zur Subventionspolitik in die Fächer der Abgeordneten gelegt wurde!

Zweites Beispiel: In immer wieder erneuerten Vorstößen suchen Abgeordnete der SPD einen Weg, um den Subventionstatbestand des Paragraphen 6 b Einkommensteuergesetz einzuschränken oder einer parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen, mit dem zum



Beispiel die riesigen Veräußerungsgewinne des Herrn Flick beim Verkauf der Daimler-Benz-Aktien durch Wiederanlage im In- und Ausland per Entscheidung des Bundeswirtschaftsministers von Steuern freigestellt wurden. - Es sind bis heute keine Äußerungen aus der CDU/CSU bekannt, die diese Bemühungen, eine zu weit gehende Subvention zu beseitigen, auch nur verbal unterstützen würden.

Drittes Beispiel: Für jeden gerecht denkenden Bürger, der Steuermittel an richtiger Stelle einsparen möchte, steht seit langem außer Zweifel, daß die zum Teil doppelt so hohe steuerliche Entlastung eines Großverdieners beim Bau eines eigen genutzten Hauses gegenüber dem Bezieher kleinerer Einkommen für denselben Zweck auf der Grundlage des bisherigen Paragraphen 7 b Einkommensteuergesetz abgebaut und durch eine familiengerechtere Lösung ersetzt werden muß. Die Vorarbeiten dazu sind im Gange. Aber zur gleichen Zeit fordert die CDU/CSU durch den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth nicht etwa die Korrektur dieser Subventionierung, sondern die Heraufsetzung der für die steuerliche Abschreibung maßgebender Bemessungsgrenzen.

Viertes Beispiel: Als vor kurzem das Entwicklungsländer-Steuer-gesetz novelliert wurde und die Koalition statistische Erhebungen minimaler Art ins Gesetz schrieb, um hieraus Daten zu gewinnen, die es in absehbarer Zeit ermöglichen, zu prüfen, ob die in diesem Steuergesetz enthaltenen Subventionen abgebaut werden können, versuchte die CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates über den Vermittlungsausschuß mit fadenscheinigen Argumenten, diese Statistik wieder aus dem Gesetzestext zu eliminieren, zum Glück ohne Erfolg. Der Widerspruch zu der sinnvollen Überlegung, die in der Großen Anfrage der Union auftaucht und von sozialdemokratischen Politikern immer wieder vorgetragen wurde, nämlich Subventionen zeitlich zu begrenzen, ist eklatant.

Schon nach diesen wenigen Beispielen ist klar, daß die Unionsfraktion mit ihrer Subventions-Anfrage einen dicken Ballon aufgeblasen hat, den schon ein gezielter Nadelstich zum Platzen bringt.

Ein Gutes hat diese Sommeraktivität der Opposition: Die Koalitionsfraktionen werden in der Debatte des Bundestages über die Antworten der Regierung nicht nur differenziert sagen können, was sie zur Subventionspolitik als Ganzes und im Detail denken und tun, sondern auch der CDU/CSU ihre Widersprüchlichkeit zwischen scheinheiligen Fragen und tatsächlichem Verhalten bei politischen Entscheidungen nachweisen können.

(-/27.8.1979/ks/ea)

+ + +



Höchste Zeit

Immer mehr rufen nach Kurswechsel in der Südafrikapolitik

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Immer noch ist im Bundestag die Gruppe derjenigen, die für die Rechte der Schwarzen in Südafrika eintreten, klein und ohne Bedeutung. Zwar besteht diese Gruppe in der SPD und FDP-Fraktion nicht mehr allein aus Hinterbänklern, und so konnte man meinen, dieser Umstand müsse der Sache voranhelfen. Doch die Bundesregierung tut sich weiterhin schwer.

Kürzlich erklärte Staatsminister Wischniewski, ein Wirtschaftsboykott käme schon deshalb nicht in Frage, weil eine solche Maßnahme gerade und vor allem die Schwarzen träfe; man muß aber die Schwarzen in Südafrika gehört haben: Sie sagen mit ihrer großen Mehrheit: "Allein ein solcher Boykott der westlichen Welt könnte unsere Regierung zwingen, sich den Realitäten zu beugen." (Nämlich der Notwendigkeit, rund 16 Millionen Einwohner des Landes als gleichberechtigte Menschen zu akzeptieren gegenüber der rund vier Prozent Weißen als herrschender Schicht) Und sie sagen: "Wir wissen, was das für und bedeuten würde; aber wir haben soviel gelitten und leiden ständig - uns wird das nicht erschüttern. Erschüttern aber wird es die Weißen, und das ist notwendig für eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse."

Und in der Tat stützt ja die westliche Welt Südafrikas Regime mit Handel, Investitionen und Krediten in starkem, lebenswichtigen Maße. Dem gegenüber hört sich die südafrikanische Verkündung von politischer Unabhängigkeit gegenüber dem Westen provozierend an! Das Regime kann auf diese mächtige Unterstützung bauen und tut es in aller Sicherheit. Sie denkt an keine wirkliche Veränderung. Denn: Die Uli-Menschenrechtskommission hat inzwischen 2.605 ausländische westliche Firmen, Banken und andere Organisationen gegenüber 1.439 noch im Vorjahr auf ihre sogenannte "schwarze Liste" gesetzt.

Haben wir hierzulande also ein Recht, uns wegen mancher schöner Deklamation aus hohem Munde als Sympathisanten der schwarzen Not zu fühlen? Als ihre potentiellen



Hilfswilligen? Ich denke: Nein. Derin Worte kosten uns nichts, verpflichten offenbar schon jahrelang zu nichts. Handelten wir aber, so würde das teuer werden. Vor allem für unsere Unternehmen und Banker, deren Verluste wir alle mittragen müßten - eine politische Bedrohung also für unser Land.

Wie soll es also weitergehen? Allmählich rufen immer neue Gruppen und Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland nach einem Kurswechsel unserer Südafrikapolitik. Die IG-Metall hat in Eugen Loderer einen Rufer im Streit, der nicht ohne Gewicht ist. Der DED (Deutscher Entwicklungsdienst) und seine Mitarbeiter haben auf einer Regional-konferenz in Ostafrika eine entsprechende Resolution verfaßt. Diese jungen Leute kommen gegenüber der schwarzafrikanischen Bevölkerung immer mehr in die Klemme zwischen gutklingenden Worten bundesdeutscher Politiker und der von kurzfristigen deutschen Wirtschaftsinteressen bestimmten Südafrikapolitik. Und was haben hohe EKD-Vertreter auf einer Südafrika-Reise jüngst festgestellt? "Südafrikas Regierungssystem erzeugt Grausamkeiten und Unmenschlichkeit am laufenden Band." Und so ruft auch die EKD zur Aktivität gegen dieses Regime auf.

Ich meine, es ist allmählich höchste Zeit, den schon viel zitierten (ähnlich auch von den DED-Mitarbeitern zusammengestellten) Forderungskatalog, den meine Kollegen und ich wiederholt vorgelegt haben, wenigstens einer ernsthaften und offenen Prüfung zu unterziehen. Auch wenn die Opposition und mit ihr die Mehrheit im Wirtschaftslager dies nicht begrüßen wird, muß die Bundesregierung einen Weg finden, ihr sozialliberales Gesicht zu wahren, weil niemand sozial und liberal nur zum (vermeintlichen) eigenen Nutzen sein kann. Und sie muß dies nicht nur dieser ihrer Grundsätze wegen - nein, sie muß dies in ihrem eigenen wirklichen Interesse tun im wohlverstandenen gegenwärtigen und zukünftigen Interesse der Bundesrepublik. (-/27.8.1979/hi/ca)

+ + +



Bürgernahe Verwaltung bleibt eine ständige Aufgabe

Die CDU/CSU zerstört die Vertrauensbasis zwischen Bürger und Verwaltung mutwillig

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des SPD-Parteirates

Zu Recht erwartet der Bürger eine bürgernah, effektiv, sparsam und wirtschaftlich arbeitende öffentliche Verwaltung. Mancher Kritik, die in letzter Zeit verstärkt zu hören war, gilt es auf den Grund zu gehen. Die SPD wird im Oktober dieses Jahres zu diesem Zweck ein Forum "Bürger und Verwaltung" durchführen.

Unsere öffentlichen Verwaltungen sind leistungsfähig und brauchen keinen Vergleich zu scheuen. Unbestreitbar gibt es aber auch Mängel, die es zu beseitigen gilt. Darin liegt eine Daueraufgabe. Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Ergebnisse des SPD-Forums sorgfältig prüfen und in ihre weitere Arbeit einbeziehen.

Ein wichtiges Ziel des SPD-Forums ist es, das gegenseitige Verständnis und partnerschaftliche Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Verwaltung zu stärken. Erfreulicherweise gibt es dieses Vertrauensverhältnis, wenngleich Untersuchungen ergeben haben, daß vielfach auch Ansätze zu erheblichem Mißtrauen vorhanden sind. Der Frage nach den Ursachen des Mißtrauens wird besonders aufmerksam nachzugehen sein, zumal die gleichen Untersuchungen gezeigt haben, daß die direkten Erfahrungen der Bürger im Umgang mit den Behörden überwiegend positiv sind.

In diesem Zusammenhang fällt dem Forum die Aufgabe zu, den Versuch der CDU/CSU abzuwehren, unsere öffentlichen Verwaltungen als feindliche und bürgerbedrohende "Bürokratie" abzustempeln. Damit wird die Brücke des Vertrauens nicht gefestigt, sondern in ihren Fundamenten untergraben. Die sachliche Erörterung wirklicher Mängel und Fehlentwicklungen wird behindert.

Wir fordern die CDU/CSU auf, auf den Versuch zu verzichten, unsere Verwaltungen und ihre Beschäftigten ständig zu disqualifizieren. Die Beschäftigten der Verwaltungen sind unsere Mitbürger. Jeder pauschale Vorwurf des Inhalts "das sind Bürokraten" ist unberechtigt.

Die CDU/CSU sagt "weniger Bürokratie" und meint "weniger Sozialstaat". Sie zieht die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltungen in Zweifel, um Privatisierungen durchzusetzen; sie lamentiert über Zahl und Dichte der Gesetze vor allem deshalb, um sozialstaatliches Recht zu beseitigen.

Letztlich stehen hinter dem CDU/CSU-Konzept kurzfristige wahltaktische Überlegungen: Erst Mißtrauen gegenüber Verwaltung und Gesetzen säen, dann in der SPD den Schuldigen suchen. Diese Wahlrechnung übersteigt die Grenzen politisch verantwortlichen Handelns und wird nicht aufgehen.

(-/27.8.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

